

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/139
24. Juli 1973

Wachsam sein gegen Intoleranz und Diffamierung !

Aktueller Bezug auf die politische Emigration
1933/45

Von Moritz Thape
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst
der Freien Hansestadt Bremen

Seite 1 und 2 / 93 Zeilen

Gute Jugend- und Sportkontakte mit Israel

Ein wesentliches Element der deutsch-
israelischen Kooperation

Von Friedel Schirmer MdB
Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-
Parteivorstand

Seite 3 / 41 Zeilen

Das vermögenspolitische Konzept der Arbeit-
geber

Einkommensabschöpfung statt Kapitalbeteiligung

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Wachsam sein gegen Intoleranz und Diffamierung !

Aktueller Bezug auf die politische Emigration 1933/45

Von Moritz Thape

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst
der Freien Hansestadt Bremen

In unseren Tagen, da Verantwortung tragende, demokratische Politiker, wenn auch nur von verschwindenden Minderheiten, in Schmähschriften und Versammlungen lautstark und leichtfertig als Reaktionäre und Faschisten beschimpft werden, ist es besonders notwendig, daß man sich immer wieder verdeutlicht, was Unfreiheit, Diktatur, Terror und Verlust der menschlichen Würde eigentlich bedeuten.

Was 1933 in Deutschland unter dem Namen des Nationalsozialismus geschah, war nicht nur der Bruch mit allen demokratischen Traditionen, der Bruch selbst mit konservativen Vorstellungen von Staat und Volk, es war der hemmungslose Durchbruch der Idee der Gewalt, die Macht für Recht setzte und Terror für Menschlichkeit.

40 Jahre sind seither vergangen, 28 Jahre seit die selbsternannten Herrenmenschen von der politischen Bühne gefegt wurden, nicht ohne vorher noch Braunhemd und Hakenkreuz versteckt oder verächtlich zu haben. Sie wollten nicht mehr dabei gewesen sein. Aktive und Mitläufer zeichneten damals ein Bild von Deutschland, das verheerend für uns hätte sein können, wenn daneben nicht jene Gruppe gestanden hätte, die das andere Deutschland repräsentierte. Jene Gruppe von Deutschen, die im Widerstand oder in der Emigration in schweren und schwersten Jahren nicht müde wurde, darauf hinzuweisen, daß Hitler, Hakenkreuz, Auschwitz und Buchenwald zwar in Deutschland, aber nicht für das ganze Deutschland standen.

Es liegt in der Natur des Menschen, vielleicht aber auch in der Zeitspanne von vier oder drei Jahrzehnten, die ich gerade erwähnt habe, daß er oft aktives, unmittelbares Handeln eher im Gedächtnis behält, sich ihm länger zuwendet, als den stilleren, deswegen nicht weniger harten politischen Kämpfen auf anderen, zum Teil intellektuellen Ebenen. Nur so ist es zu verstehen, daß bei der Zeichnung des deutschen Widerstandes die deutschen Emigranten - die ja nicht freiwillig das Land verließen, sondern gezwungen wurden - gelegentlich verschwiegen, oft aber nur kurz erwähnt werden.

Es war ja auch jahrelang schwer, vor allem im Ausland deutlich zu machen, daß die ersten Insassen der nazistischen Konzentrationslager nicht verschleppte Europäer oder Kriegsgefangene waren, sondern deutsche Staatsbürger, Gegner Hitlers, Gegner des Nationalsozialismus, die zum Teil schon früher und nicht erst nach dem 30. Januar dem wachsenden Druck der braunen Terrorgruppen ausgesetzt gewesen waren. Die Befassung mit diesem Aspekt unserer

Geschichte zeigt Ereignisse und Situationen auf, die nicht nur deutsche Irrtümer und deutsche Tragik widerspiegeln, sondern auch menschliche Größe und die Kraft, dem angeblichen Zeitgeist zu widerstehen und angesichts fanatisierter Massen der eigenen Idee, der eigenen politischen Überzeugung, vor allem aber der Idee der Menschlichkeit treu zu bleiben. Ich möchte hier stellvertretend für viele andere nur Otto Wels erwähnen, der für die Sozialdemokraten sein "Nein" zum Ermächtigungsgesetz auch im Angesicht der den Reichstag umstellenden SA und SS und angesichts einer schweigenden Reichstagsmitte Hitler entgegenschleuderte.

Die Geschichte der deutschen Emigration ist gleichzeitig aber auch eine Geschichte menschlicher Leiden, menschlicher Not, der Irrfahrt in einer Welt, die anfangs zwar viel Verständnis zeigte, auch Hilfe brachte, die aber angesichts der steigenden Zahl und der eigenen Gefährdung wachsende Zurückhaltung übte. Trotzdem gelang es gerade jenen Emigranten, die Opfer ihrer politischen Gesinnung geworden waren, in einem zähen, jahrelangen Ringen durchzusetzen, daß das Bild Deutschlands nicht verzerrt wurde und schon bald nach 1945 die Emotionen des Krieges, die über Deutschland zusammenschlagen drohten, der politischen Vernunft und der Einsicht Platz machen mußten, daß Deutschland zwar kollektive Verantwortung, nicht aber kollektive Schuld tragen müsse.

Es gehört zu den trüben Kapiteln deutscher Nachkriegsgeschichte, daß schon bald nach 1945, vor allem in der Zeit der großen politischen Auseinandersetzung der 50er und 60er Jahre, der Versuch gemacht wurde, Emigration als etwas Verdächtiges, Un-deutsches, Volksverräterisches darzustellen. Es gehört aber auch zu den erfreulichen Zeichen deutscher Nachkriegsentwicklung und wachsender demokratischer Stärke unseres Volkes, daß diese Versuche immer weniger Anhänger fanden und schließlich ganz aufgegeben werden mußten. Was in den Jahren zwischen 1918 und 1933 noch möglich war, mit Diffamierung und Hinterhältigkeit, mit dem Etikett des Volksverrats die junge Demokratie und neue Republik zu zerstören, war nach 1945 angesichts eigener Erlebnisse und der Schuldigen vor Volk und Geschichte nicht mehr möglich.

Neue Generationen sind inzwischen herangewachsen, die keine unmittelbaren persönlichen Erfahrungen mehr mit dem verbinden, was 1933 geschah, die nicht einmal mehr bewußt den Krieg oder die Jahre danach erlebt haben. Ihnen klarzumachen, daß politische Sauberkeit, daß das Bekenntnis zur Menschlichkeit und zur Demokratie, zur Toleranz und zur Freiheit auch in dunkelster Zeit möglich ist, daß eigenes Wollen, vor allem aber moralische Autorität, auch Gewalt und Terror überwinden können, wird Hauptaufgabe von uns Älteren sein.

Und wir werden jene, die eigenes Erleben mitbringen, daran erinnern, was einmal möglich war und ihnen helfen, allem entgegenzutreten, was auch nur annähernd in eine gleiche Richtung führen könnte.

Wir sind sehr heilhörig geworden, wenn uns Emotionen, Intoleranz, die Töne der Gewalt und der Diffamierung entgegen-schallen. Die Erinnerung soll uns helfen, wachsam zu sein. Denn Demokratie kommt nicht von selbst, sie lebt und wächst mit ihren verantwortungswilligen Staatsbürgern.

(-/24.7.1973; sg/ex)

+ + +

Gute Jugend- und Sportkontakte mit Israel

Ein wesentliches Element der deutsch-israelischen Kooperation

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Weniger die Spitzenleistungen als vielmehr die historischen Werte sind die Ausgangsbasis für die Maccabiade-Spiele in Israel, die unter Beteiligung einer 60 Teilnehmer starken Delegation aus der Bundesrepublik abgehalten worden sind. Diese 9. Maccabiade hat auch dazu beigetragen, daß man in Israel die vollwertige Integration der jüdischen Sportgruppen Deutschlands in die Sportorganisationen der Bundesrepublik als ein überaus positives Symptom für die erfreuliche Entwicklung der Sport- und Jugendbeziehungen zwischen beiden Ländern anerkennt.

Die seit Jahren laufenden und anlässlich der 9. Maccabiade fortgesetzten sportpolitischen Kontakte zwischen sozialdemokratischen Vertretern und der israelischen Sportführung haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Normalisierung den sogenannten "Sondercharakter" auf diesem Gebiet abgelöst hat.

Wenn in Zukunft die deutschen Jugend- und Sportgruppen zu Begegnungen nach Israel reisen, werden sie in der israelischen Sporthochschule, dem Wingate-Institut, ein Gästehaus vorfinden, das die Grundlage für einen angenehmen und erfolgreichen Aufenthalt bietet. Diese Einrichtung, die mit einer Million DM errichtet und durch eine gleichmäßige Beteiligung der israelischen Regierung und jüdischer Organisationen in Deutschland finanziert wurde, kann zu einem wesentlichen Element der künftigen Austauschprogramme werden.

Im sportspezifischen Bereich liegt ein weiterer Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen im Rahmen einer ausgewogenen Nah-Ost-Politik im beiderseitigen Interesse. Israel kann dem Sport der Bundesrepublik interessante Erfahrungswerte über eine umfassende Breitensportbewegung, die Organisierung von sportlichen Programmen in den Betrieben und für den Sport als Ausgleich in den Arbeitspausen vermitteln. Dagegen liegt das vorrangige Interesse der Israelis im Bereich des Leistungssports, der Sportwissenschaft und des Sportstättenbaues.

Ein Zeichen für eine vorbehaltlose und komplexfreie Zusammenarbeit ist auch darin zu sehen, daß der Arbeitersportverband "Hapoel" als führende Sportorganisation des Landes eine Delegation der SPD zum 50. jährigen Jubiläum nach Israel eingeladen hat. Vor allem der Besuch von Bundeskanzler Willy Brandt hat die letzten noch vorhandenen "Gefühlshügel" abgetragen und für eine fruchtbare Zusammenarbeit der Jugendlichen beider Länder gewirkt.

Die Sport- und Jugendbeziehungen nehmen auch weiterhin im Gesamtrahmen der deutsch-israelischen Zusammenarbeit einen hervorragenden Platz ein.

(-/24.7.1973/ks/ex)

+ + +

Das vermögenspolitische Konzept der Arbeitgeber

Einkommensabschöpfung statt Kapitalbeteiligung

Anlässlich der letzten Konzertierten Aktion hat der Bundeswirtschaftsminister allen Beteiligten empfohlen, neue Initiativen zur Vermögensbildung vorzulegen. Das hat die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) zur Erarbeitung eines Konzeptes veranlaßt, das demnächst im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen gewerblichen Wirtschaft erörtert werden soll.

Das Unternehmerpapier hat zwei Motive, ein taktisches und ein sachliches: Taktisch soll die den Arbeitgebern ideologisch scheinende Konzeption der SPD und des DGB, die auf mittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen großer Unternehmen über Investmentfonds gerichtet sind, abgewehrt werden. Dabei möchte der BDA jene Gruppen, die nach seiner Meinung gesellschaftsverändernde Ziele verfolgen, taktisch in den Nachteil manövrieren und als unglaubwürdig gelten lassen, wenn sie die Vorschläge zur Vermögensbildung von Arbeitgeberseite ablehnen. Sachlich möchte man das Ziel der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen umkehren in eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Investitionsfinanzierung der Unternehmen: über private Ersparnis und besondere Prämienanreize.

Die Arbeitgeberverbände sehen eine Gefahr darin, daß der aus den Reihen der FDP kommende Vorschlag, die Stabilitätsabgabe zu einem neuen Ansatz der Vermögenspolitik zu machen, im Sinne der vermögenspolitischen Konzeption von SPD und DGB virulent werden könnte. Um zu verhindern, daß sich aus diesem Grundstock ein kollektiver, gewerkschaftlich gesteuerter Vermögensfonds bildet, möchten die Arbeitgeber das Aufkommen aus der Stabilitätsabgabe zur gezielten Förderung der Anlage vermögenswirksamer Leistungen und zwar hier in Form von Beteiligungswerten verwenden. Kauft also ein

Arbeitnehmer für den Betrag seines vermögenswirksamen Sparens Beteiligungspapiere - Aktien oder Investmentzertifikate - , so sollte ihm 20 vH des angelegten Betrages als Sonderprämie aus der Stabilitätsabgabe gewährt werden.

Die BDA hat aber selbst erkannt, daß bei einem Sparaufkommen von etwa 20 Milliarden DM im Rahmen eines voll ausgeschöpften Sparens nach dem 624 DM-Gesetz die am Markt befindlichen Beteiligungspapiere nicht ausreichen würden, um die Nachfrage zu decken, auch wenn etwa nur 1/5 dieses Sparbetrages in Beteiligungswerten angelegt und prämiert würde. In diesem Falle wäre auch die Stabilitätsabgabe nach etwa fünf Jahren bereits verbraucht. Sie müßte erneut erhoben werden oder es müßte ein Ersatz dafür aus den öffentlichen Haushalten geleistet werden ähnlich den Sparprämien, die wir aus Steuermitteln finanzieren.

Für den Fall der Ausschöpfung des Beteiligungsmarktes schlägt die BDA auch Sonderprämien für den Erwerb von Rentenpapieren vor. Für den Fall der Ausschöpfung der Stabilitätsabgabe hat sie noch kein Rezept.

Wie immer man die Frage technisch lösen will, das gesellschaftspolitische Ziel dieses vermögenspolitischen Konzeptes bleibt klar. Es ist die Verteidigung der gegenwärtigen Besitzposition am Produktionskapital und Abwehr jedes Versuchs einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer. So konzipierte man eine "Vermögenspolitik", die aus den Arbeitseinkommen oder dem Steueraufkommen finanziert werden wird. Es sollen sich auch künftig die Arbeitnehmer nur aus der eigenen Tasche Einkommen nehmen, um damit in der zweiten Tasche Vermögen zu bilden, damit der gegenwärtige Besitzstand am Produktivvermögen und die gesellschaftliche Ordnung der einseitigen Akkumulation von Kapital erhalten bleibt.

Rudi Dux
(-/24.7.1973/sg/ex)

+ + +